Abend-Ausgabe

78. Jahrgang. Nr. 167 — Dienstag, 10. April 1934

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 2.40, durch Postbezug RM. 2.40 einschließlich 51 Rpf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe laut Preisliste. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Offerten-Gebühr 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Marxistischer Eisenbahnanschlag bei Linz

D-Zug entgleist – 2 Tote, 14 Verletzte

Wien, 10. April. Der gestern nacht um 23 Uhr aus Wien abgehende D-Zug mit zwei Zugteilen Wien—Salzburg—München und Wien—Passau—Holland entgleiste bei Linz. Obwohl amtlich über die Ursachen des Unglücks bei Ostering noch nichts mitgeteilt worden ist, da noch keine Klarheit bestehe, wird jetzt allgemein ein Anschlag angenommen. Nach den bisherigen Feststellungen sollen die Eisenbahnschienen in einer Länge von neun Meter entfernt gewesen sein. Die Schienen sind, wie verlautet, bereits in der Nähe des Bahndammes aufgefunden worden. An der gleichen Stelle ist vor drei Jahren ein Eisenbahnanschlag auf dieselbe Weise verübt worden.

Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß es sich um einen Anschlag einer Terrorgruppe des aufgelösten Republikanischen Schutzbundes handelt.

Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen teilt amtlich mit, daß 15 Personen verletzt worden sind. Es handele sich bei ihnen ausschließlich um Beamte der Bahn und der Post. Der Lokomotivheizer fand den Tod. Einer der 15 verletzten Beamten ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Die Lokomotive, der erste und der zweite Postwagen seien umgestürzt und der anschließende Schlafwagen und die beiden Kurswagen seien entgleist. Dadurch seien beide Gleise verlegt worden. Der eingleisige Betrieb sei aber bereits Dienstag früh wieder aufgenommen worden.

Die Generaldirektion der Oesterreichischen Bundesbahnen hat eine Prämie von 5000 Schilling für die Feststellung der Attentäter des Eisenbahnunglücks ausgesetzt. Obwohl die polizeilichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, wird jetzt auch von den amtlichen Stellen mitgeteilt, daß mit dem Vorliegen eines Anschlags gerechnet werden müsse. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Heimwehr sucht Annäherung an Deutschland

Innsbruck, 10. April. Die seit einiger Zeit merkbaren Anzeichen, daß führende Persönlichkeiten in der österreichischen Heimwehr eine Aenderung des deutschfeindlichen Wiener Regierungskurses anstreben, werden verstärkt durch eine Rede, die das Mitglied der Bundesführung der Heimatwehr, Dr. Schweinitzhaupt, in einer Versammlung der neugegründeten Zivilorganisation der Heimatwehr in Innsbruck hielt. Er wies auf den zweiten Punkt des Korneuburger Programms der Heimatwehr hin, in dem es heißt: Wir wollen die Gemeinschaft des deutschen Volkes bilden helfen. Mit diesem Grundsatz, fuhr der Redner fort, sei klar ausgesprochen worden, daß sich der Heimatschutz auf den Boden des nationalen Gedankens durch Herstellung der deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft stellen wolle. Die jetzt zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich entstandene Lage bedauere der Heimatschutz auf das tiefste. Oesterreich sei kein Parteiproblem, daß mit den Mitteln der Gewalt gelöst werden könne.

Der Heimatschutz würde es begrüßen, wenn die deutsche Diplomatie die Initiative ergreifen würde, um mit der österreichischen Regierung in Verhandlungen zu treten.

Selbstverständlich sei, daß der Heimatschutz den Entscheidungen der Regierung nicht vorgreifen könne, er werde sie aber in einem Sinne beeinflussen, der dem nationalen Empfinden des deutschen Oesterreichs entspreche.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede wandte sich Dr. Schweinitzhaupt auch gegen die Christlichsoziale Partei und erklärte, daß der Heimatschutz dafür Sorge tragen wolle, daß sie nicht nur verschwinde, sondern daß sie auch nicht unter neuen Formen und neuen Namen wieder auftauche.

*

Die Besinnung auf die deutsche Volks- und Schicksalsgemeinschaft könnte als Zeichen beginnender Einsicht in den Heimwehrkreisen gelten, wenn nicht die Folgerungen, die gezogen werden, zu dürftig wären. Denn mit dem Wunsch nach einer Initiative der deutschen Diplomatie ist es nicht getan. Von deutscher Seite sind solche Versuche zu Verhandlungen mit der österreichischen Regierung wiederholt gemacht worden. Den Erfolg hat man gesehen. Die Umkehr muß also schon von Oesterreich ausgehen.

Feuer in einem Stahlhelmlager

Haltern, 10. April. In dem ehemaligen Stahlhelmlager Haus Ostendorf brach Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Bei den Löscharbeiten und Rettungsversuchen der Feuerwehr stürzte plötzlich der Schornstein ein begrub mehrere Feuerwehrleute unter sich. Zwei von ihnen wurden getötet. Drei kamen mit Verletzungen davon.

Der Erfolg der Arbeitsschlacht

In Sachsen 69 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 10. April. Das Ergebnis der neuesten Arbeitslosenzählung, deren wesentlichste Zahlen der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Syrup, bereits bekanntgab, wird jetzt veröffentlicht. Der Ruf des Führers zum Beginn der diesjährigen Arbeitsschlacht hat in allen Kreisen der Wirtschaft nachhaltigen Widerhall gefunden. Für März 1934 melden nach einem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Arbeitsämter einen Gesamtrückgang von 574 000 Arbeitslosen. Eine derartig starke Verminderung der Arbeitslosigkeit in einem einzigen Monat wurde im Reich seit dem Sommer 1929 nicht mehr beobachtet.

Im ersten Vierteljahr 1934 hat die Zahl der Arbeitslosen sogar bereits um nahezu 1,3 Million abgenommen.

2 799 000 Arbeitslose wurden am 31. März bei den Arbeitsämtern gezählt. Damit ist die Dreimillionengrenze der Arbeitslosigkeit fast um eine Viertelmillion unterschritten. Schon mehr als die Hälfte der bei Beginn der nationalsozialistischen Machtübernahme vorhandenen sechs Millionen Arbeitslosen sind wieder in Arbeit und Brot gebracht, und der Arbeitslosenbestand vom 31. März 1934 ist nur noch halb so groß, wie am gleichen Stichtage des Vorjahres.

Daß sich die Arbeitslosigkeit auch in den dichtbesiedelten Bezirken immer mehr aufzulockern beginnt, zeigen die zahlenmäßig starken Rückgänge in Schlesien (– 78 000), Sachsen (– 69 000), Brandenburg (– 65 000) und Mitteldeutschland (– 57 000). Bayern hat einen überdurchschnittlichen Rückgang von über 70 000. In den landwirtschaftlichen Bezirken mit ihrem niedrigeren Arbeitslosenstand sind die Rückgänge wohl zahlenmäßig geringer, jedoch gemessen am bezirklichen Bestand anteilmäßig höher. So kann Ostpreußen einen Rückgang um 40 v. H., Pommern einen Rückgang um 30 v. H. melden.

Eine starke Stütze dieser Aufwärtsentwicklung bilden die Arbeiten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

Der kräftige Impuls, der von diesen Maßnahmen durch Belebung der Nachfrage auf dem Inlandsmarkt unmittelbar und mittelbar ausgeht und zu dieser Gesamtbesserung der Wirtschaftslage geführt hat, trug zu der starken Entlastung fast aller Berufsgruppen mit bei.

Der Rückgang war im März am stärksten im Baugewerbe (51,7 v. H.).

Im Zuge dieser Allgemeinentwicklung sind die Unterstützungseinrichtungen der Arbeitslosenhilfe im Monat März entsprechend entlastet worden, und zwar die Arbeitslosenversicherung um rund 100 000, die Krisenfürsorge um rund 172 000 Hauptunterstützungsempfänger und die öffentliche Fürsorge um rund 208 000 arbeitslose anerkannte Wohlfahrtserwerbslose. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern, die von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung betreut werden, war am 31. März 1 160 000. Die Zahl der arbeitslosen anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen betrug nach den vorläufigen Ergebnissen noch 984 000. Damit hat das Bestreben aller beteiligten Stellen, gerade die langfristig Arbeitslosen wieder in Arbeit und Brot zu bringen, einen bedeutenden Erfolg erzielt. Standen doch um die gleiche Zeit des Vorjahres 2 299 000 arbeitslose anerkannte Wohlfahrtserwerbslose in öffentlicher Fürsorge.

Deutsche Arbeiter sind keine Streikbrecher

Berlin, 10. April. Zur Frage des Streikbrecherdienstes liegt eine bemerkenswerte Entscheidung aus Kreisen der DAF. vor. Bei der Reichsbetriebsgruppe „Verkehr und öffentliche Betriebe" wurde von einer Schiffsmaklerfirma angefragt, ob bei einem für den 10. April vorgesehenen Streik der dänischen Seeleute deutsche Seeleute auf dänischen Schiffen angemustert werden könnten. In früheren Jahren war es üblich, in solchen Fällen deutsche Besatzungen zusammenzustellen, die dann auf ausländischen Schiffen anmusterten. Die Reichsbetriebsgruppe hat die Anfrage ablehnend beschieden. Die nationalsozialistischen Seeleute, so schreibt der „Informationsdienst" der DAF., weisen mit Entrüstung die Zumutung von sich, für ausländische Reedereien Streikbrecherdienste zu leisten und damit ausländischen Kameraden in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus in den Rücken zu fallen.

Offiziersverschwörung gegen Madame Lupescu

Berlin, 10. April. In Rumänien hält die innerpolitische Unruhe an. Nachdem erst vor einigen Tagen eine Anzahl Angehörige der führenden Gesellschaftsschicht wegen geheimer gegen das Königshaus gerichteter Umtriebe verhaftet wurden, hat die rumänische Staatspolizei jetzt eine Offiziersverschwörung aufgedeckt, die sich gegen Madame Lupescu, die Geliebte des Königs Carol, richtet. Es soll sich dabei um Offiziere handeln, die sich früher energisch für die Rückkehr Carols und seiner Thronbesteigung einsetzten. Die rumänischen Zeitungen dürfen über diese Verschwörung nichts bringen. Die Verschwörung soll darauf zurückgehen, daß die Offiziere über den Einfluß der Jüdin Lupescu auf den König außerordentlich enttäuscht und erregt seien. Man führt auf den Einfluß der Madame Lupescu auf den König dessen feindselige Einstellung gegen die „Eiserne Garde" zurück, ebenso das scharfe Vorgehen gegen die faschistische und antisemitische Bewegung, die ihren Hauptausdruck in der „Eisernen Garde" findet.

Barthou wird Frankreich in Genf vertreten

Die Besprechungen mit Poncet und Laroche

Paris, 10. April. (Eig. Drahtm.) Drei Punkte sind es, die zur Zeit in Paris im Vordergrund des politischen Interesses stehen, und zwar hängen sie alle drei unmittelbar miteinander zusammen. Es sind dies die beabsichtigten Reisen des französischen Außenministers Barthou, seine Unterhaltungen mit dem Berliner französischen Botschafter Poncet sowie dem gleichfalls in Paris weilenden Warschauer Botschafter Laroche, und schließlich die Hauptfrage, in die alle anderen einmünden, nämlich die der angeblichen „Aufrüstung" Deutschlands. Was zunächst die Besprechungen mit den Botschaftern anbelangt, so hat Barthou eine Stunde lang mit Laroche allein verhandelt, dann längere Zeit mit Poncet, hierauf mit allen beiden, und schließlich wieder eine Stunde allein mit Poncet. Ueber den Inhalt der Unterredungen verlautet amtlich nichts. Durchgesickert ist aber, daß die deutsch-polnischen Beziehungen im Vordergrund standen und Barthou sich eingehend unterrichten ließ namentlich über die Rückwirkungen des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes auf die Lage in Osteuropa und auf die polnische Politik überhaupt.

Die Morgenpresse bestätigt im großen und ganzen die bereits am Montag veröffentlichten Verlautbarungen, daß Außenminister Barthou sich direkt nach Warschau begeben und nicht in Berlin haltmachen werde.

Der halbamtliche „Petit Parisien" bezeichnet die Gerüchte über eine direkt oder indirekt ergangene Einladung der Reichsregierung an Barthou als Phantasie. Der „Matin" meint, daß die Notwendigkeit eines derartigen Besuches vorläufig nicht in Erscheinung trete, und der „Excelsior" glaubt, daß in der Tatsache, daß kurz vorher oder sofort nach den französisch-polnischen Besprechungen kein deutsch-französischer Meinungsaustausch stattfinde, kein Werturteil liege. Deutschland habe stets die Möglichkeit, mit der französischen Regierung auf diplomatischem Wege zu verkehren. Wenn in der Folge direkte Besprechungen als nützlich für eine von Frankreich aufrichtig gewünschte Annäherung erachtet würden, dann könnten sie Gegenstand späterer Verhandlungen sein.

Barthou wird auch Frankreich in Genf vertreten,

und zwar wird er schon am 7. Mai an der Völkerbundsratsversammlung teilnehmen, weil diese sich dann mit der Saarfrage beschäftigen wird, die Barthou ebenfalls am Montag mit François-Poncet erörtert haben dürfte, vor allem aber am 23. Mai der Eröffnung der Tagung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz beiwohnen, um auf dieser den französischen Standpunkt zu vertreten. Die Pariser Presse gibt sich zur Zeit den Anschein, als setze sie Zweifel in die unbedingte Festigkeit des Außenministers. Sie stellt sich außerordentlich besorgt. So erklärt das „Echo de Paris",

es werde in seiner Auffassung, daß die französische Politik ins Schwanken gekommen sei, immer mehr gestärkt.

„Wir lehnen nicht mehr so kategorisch den Gedanken ab, eine Aufrüstung Deutschlands wenigstens in gewissen Grenzen zu legalisieren. Auf jeden Fall geben wir zu verstehen, daß der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hierzu Stellung zu nehmen hat, und auf Grund dieser Tatsache ermöglichen wir es Henderson und Eden, ihre Verhandlungen wieder aufzunehmen. Gleichzeitig vertagen wir die in London verlangten Erklärungen über die Aufführungsgarantien unter dem Vorwand, daß diese Garantien unmöglich ausgelegt werden können, solange der Inhalt des etwaigen Abkommens unbekannt ist." Das Blatt vertritt den Standpunkt, man dürfe sich nicht auf das einlassen, was Deutschland verlange, sondern müßte Deutschlands Rüstungsstand feststellen. Erst dann könne Frankreich in voller Kenntnis der Sachlage seine Bedingungen stellen.

Auch das „Journal" scheint mit der Wendung, die die Besprechungen nehmen, nicht zufrieden zu sein. Jedenfalls bemüht es sich, in einem besonderen Artikel nachzuweisen, daß Frankreich, obwohl es die Aussprache in Genf annehme, damit nicht die Aufrüstung Deutschlands und seine eigene Abrüstung zulasse.

Wenn man behaupte, daß Frankreich sich juristisch für verpflichtet halte, abzurüsten, so sei das völlig falsch.

Barthou habe im Gegenteil bewiesen, daß Frankreich bereits viel weiter abgerüstet habe, als klug sei. Ein neuer Plan, der die Herabsetzung der Rüstungen ausschalte, setze die einmütige Zustimmung der Konferenz voraus; Frankreich werde nicht auf die Unterstützung seiner Alliierten verzichten.

An eine wirkliche Aenderung des französischen Standpunktes ist natürlich bisher nicht zu denken, denn Frankreichs Außenpolitik geht nun einmal nicht davon ab, die Aufrechterhaltung des in Versailles Geschaffenen als ihr alles beherrschendes Ziel zu betrachten.